

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Februar 2018

BAUSCHUTTDEPONIE IM STEINBRUCH VON KREIMBACH-KAULBACH

Mehr oder minder zufällig haben die politischen Vertreter der Gemeinden im oberen Lautertal, also ab Olsbrücken bis Otterbach sowie die Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg, von Absichten erfahren, in der nächsten Zeit auf dem Gelände des früheren Steinbruchs in Kreimbach-Kailbach eine **Bauschuttdeponie** zu errichten. Die SGD-Süd ist in einem Planfeststellungsverfahren, hat aber bisher nur die kommunalen Beteiligten im Bereich des Landkreises Kusel informiert und angehört. Kommunen des Nachbarlandkreises Kaiserslautern wurden bisher nicht eingebunden. Aber: **Bei den vorliegenden Dimensionen geht es diese, und dabei insbesondere Olsbrücken und Frankelbach, ebenfalls direkt an.**

Es ist beabsichtigt in der nächsten Zeit (genauer Beginn ist im Moment noch nicht bekannt) Bauschutt aus dem Südwesten Deutschlands im Steinbruch Kreimbach-Kaulbach abzulagern, zumindest teilweise zu schreddern und das geschredderte Material weiter zu verwerten. Das soll **16 Jahre** lang erfolgen. Die Dimensionen sind gewaltig.

Im ersten Jahr sollen 70.000 Tonnen, in den fol-

genden Jahren jeweils bis zu 300.000 Tonnen jährlich abgelagert werden. Dies bedeutet bei einem Fassungsvermögen von 40 Tonnen pro LKW bei 300.000 Jahrestonnen 7500 Fahrten in eine Richtung, hin und zurück 15.000. Bei 250 Arbeitstagen im Jahr sind das 60 LKW-Bewegungen pro Tag.

Bei einem solchen Umfang müssen unsere Kommunen unbedingt mit angehört werden, müssen die Bürgerinnen und Bürger mit eingebunden werden. Nach „Dorfschellinformationen“ will man seitens der betroffenen Lautertalkommunen sich dieser Tage an die SGD-Süd wenden, um die Gemeindeinteressen einzubringen.

Zu denken ist dabei daran, ob zumindest Teile der Transporte auf die Bahn verlagert werden können. Möglicherweise hilft uns diese neue Situation auch im Bereich Olsbrücken/Frankelbach bei einer schnelleren Realisierung der Umgehungsstraße.

Die „Dorfschell“ wird am Ball bleiben und sich bemühen, Sie so schnell und umfassend wie möglich zu unterrichten.

MIT DER UMGEHUNGSSTRAßE GEHT'S WEITER

Seit längerer Zeit ist es still um die Umgehungsstraße in Olsbrücken geworden. Das heißt aber nicht, dass sich in der Zwischenzeit nichts getan hat. Ganz im Gegenteil: Man ist mittlerweile ein gehöriges Stück weiter:

In der jüngeren Vergangenheit hatte es seitens der Umweltschutzverbände erhebliche Einwände gegen die Trassenführung der B270 gegeben. Man sah insbesondere den sog. „Zerschneidungseffekt“ im Bereich des Brühlhofs als zu groß an. Denn man wollte den Geländeanteil zwischen Trasse und Bahnlinie/Lauter so klein wie möglich halten. Dem ist man mit der neuen Trassenplanung seitens des Landesbetriebs Mobilität (LBM) entgegengekommen.

Die neu geplante Trasse rückt von der Annexe „Brühlhof“ ab und liegt näher an der Bahnlinie/Lauter, so dass der Zwischenraum kleiner wird. Man geht seitens des LBM davon aus, dass die neue

Trasse konsensfähig ist. Bisher sind auch keine Einwände erhoben worden.

Demnächst soll die neue Planung in Form der sog. „Offenlegung“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es bleibt abzuwarten, ob es in diesem Verfahrensabschnitt zu nennenswerten Einwendungen kommen wird.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 660

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD lässt über die Beteiligung an einer Bundesregierung ihre Mitglieder in einem sog. **Mitgliedervotum** entscheiden. Nach der kürzlichen Eintrittswelle in die SPD, die wohl im Wesentlichen auf der Möglichkeit, über die Regierungsbildung mitentscheiden zu können, beruht, werden ca. 460.000 Personen die Entscheidung über „Große Koalition ja oder nein“ treffen.

Hieran hat sich Kritik erhoben. Die Kritiker meinen, es sei **undemokratisch**, wenn eine Minderheit von 460.000 Menschen über eine Regierungsbeteiligung befände. Dies sei allein die Aufgabe und das Recht der in den Bundestag gewählten Bundestagsabgeordneten. Die Wählerinnen und Wähler hätten ihre Stimme Abgeordneten gegeben und damit ihnen die Verantwortung übertragen und nicht Parteimitgliedern. 460.000 könnten nicht für 47 Millionen (die tatsächliche Anzahl der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl) abstimmen.

Das hört sich im ersten Moment durchaus nachvollziehbar an. **Ist aber dennoch falsch!**

Die Wirklichkeit der bisher in den letzten Jahrzehnten erfolgten Koalitionsverhandlungen und Koalitionsabschlüsse sah so aus: Kommissionen der potenziellen Koalitionspartner, geleitet von deren Spitzenpolitikern, verhandelten, kamen zu einem Ergebnis und legten dieses ihren jeweiligen **Parteigremien** zur Billigung vor. Danach entschieden die jeweiligen Bundestagsfraktionen über Zustimmung und sodann Kanzlerwahl. Dieses System ist – auch

in den Medien- niemals kritisiert worden.

Wenn **Parteigremien** über eine Koalition befinden- so machen es weiterhin CDU und CSU-, dann entscheiden nicht die Bundestagsabgeordneten, sondern die Mitglieder dieser Gremien. Die Wählerinnen und Wähler in der Bundestagswahl haben diese Mitglieder nicht gewählt, sondern das haben die Mitglieder der jeweiligen Parteien getan. **Wenn also der Vorwurf, der der SPD gemacht wird, berechtigt wäre, dann müsste derselbe Vorwurf auch diesem System, also auch CDU und CSU, gemacht werden.** Daran denkt aber keiner. Es wäre auch Unfug, diesen Vorhalt zu machen. Denn: Die Parteien entscheiden über die großen Richtungen der Politik. Das mag man bedauern, ist aber seit Jahrzehnten Praxis in Deutschland.

Wenn die SPD ihre Mitglieder entscheiden lässt, dann ist das bedeutend demokratischer als wenn nur ein paar Zehn/ein paar Hundert aus den Parteien das entscheidende Wort sprechen. Denn: **Die Meinung von 460.000 Menschen ist besser und breiter als die einiger weniger Parteigremienmitglieder.** Hier ist man Volkes Stimme näher als im Parteigremiensystem. Im Römischen Reich galt der Grundsatz: „**Vox Populi, Vox Dei**“ (**Volkes Stimme ist Gottes Stimme**). Diesem volksnahen Grundsatz ist die SPD mit ihrem Mitgliedervotum deutlich näher als die Parteien, die allein auf das Parteigremiensystem setzen.

Also: SPD-Mitglieder haben es besser!

FRANKELBACH:KERWE 2018 KOMMT

Man hat sich endgültig entschieden: Die Kerwe 2018 in Frankelbach findet am ersten Wochenende im September 2018 (1.und 2. September) statt. Am 16. Februar haben 23 Aktive das verbindlich beschlossen. Wie die „Dorfschell“ in ihrer Oktoberausgabe 2017 berichtet hat, wird es eine Kerwe am Samstagabend und Sonntagmittag bis Abend geben.

Man will am Samstag um 18.00Uhr mit einem Essen (vermutlich Schlachtfest) beginnen. Um 18.30 Uhr kommt es zu einem Fassbieranstich und ab 20.00 Uhr Tanzmusik mit einem DJ. Auch gibt es eine „Bar“ ab 21.00 Uhr.

Und das besonders Schöne: Der Eintritt am Samstag und am Sonntag ist frei.

Am Sonntag startet man um 13.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus mit Getränken und Imbiss. Um 14.00 Uhr wird der Kerwestrauss aufgehängt und die Kerwered´ gehalten. Danach gibt es Kaffee und Kuchen. Das gemütliche Beisammensein bis in den Abend wird wieder musikalisch umrahmt. Aber auch an die Kleinen ist gedacht: Für sie gibt es ein Rahmenprogramm.

Die Helferinnen und Helfer werden jeweils in zwei Schichten arbeiten:

Samstags: die erste Schicht von 17.30 Uhr bis 22.30 Uhr, die zweite Schicht 22.30 Uhr bis Schluss

Sonntags: die erste Schicht von 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr, die zweite Schicht 16.30 Uhr bis Schluss.

Es werden noch Helferinnen und Helfer, insbesondere für den Ausschank und die Barbedienung, gesucht. Wer Interesse hat mitzumachen, soll sich melden bei:

Sebastian Barthel:

Telefon: 06308/7086; E-Mail: sbarthel97@gmail.com

Auch werden noch Kuchenspenden erbeten. Auch hier kann man sich an Sebastian Barthel wenden.

Die Organisatoren werden Kerwe-T-Shirts anbieten, für alle Helferinnen und Helfer, aber auch für alle Interessierten.

Man will werben für die Kerweteilnahme mit Plakaten, auf einer Titelseite des Stadt-und Landkuriers, bei Facebook und bei City Kit.

Also: Nicht abseits stehen, sondern zur Kerwe 2018 am 1.und 2.September 2018 gehen!

VERTRAG ÜBER GROßE KOALITION GESCHLOSSEN

Nach langem, zähen, auch manchmal nervigem Ringen haben sich die Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Bei der SPD bedarf diese Vereinbarung aber noch der Bestätigung durch ein Mitgliedervotum (zum Mitgliedervotum siehe auch den Kommentar in dieser Ausgabe). Dieser Koalitionsvertrag steht unter dem Motto: „Wir kümmern uns um die Sorgen der Menschen“. Es mögen die großen Visionen fehlen, aber dafür werden Lösungen für die Alltagsprobleme der Menschen in Deutschland angeboten.

Zu den Einzelheiten des Vertrages:

1) Gesundheit/Pflege:

- Ab 2019 werden die Beiträge zur Krankenversicherung wieder gleich hoch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilt.
- Die Arzthonorare sollen bei gesetzlich und privat Versicherten angeglichen werden. Einzelheiten soll eine Kommission bis Ende 2019 erarbeiten.
- 8000 neue Stellen in Pflegeberufen sollen geschaffen werden.
- Tarifverträge sollen in der Altenpflege flächendeckend eingeführt werden. Damit will man die Einkommen der Pflegekräfte verbessern.
- Das sog. „Schulgeld“ (Zahlungen für die Ausbildung) wird für alle Pflegeberufe abgeschafft.

2) Altersversorgung und Grundrente:

- Das Rentenniveau soll bis 2025 nicht unter 48 Prozent sinken, die Beitragshöhe nicht über 20 Prozent steigen. Für die Zeit nach 2025 wird eine Kommission Lösungsvorschläge erarbeiten.
- Eine Grundrente von mindestens 10 Prozent über der Grundsicherung wird eingeführt. Voraussetzung: 35 Jahre an Beitragseinzahlung und/oder Zeiten der Kindererziehung.
- Mütter, die vor 1992 drei oder mehr Kinder geboren haben, wird die Erziehungszeit mit einem Rentenpunkt pro Kind angerechnet.
- Selbständige werden zur Altersvorsorge verpflichtet (um Altersarmut zu vermeiden).
- Wer Erwerbsunfähigkeitsrente bekommt, wird so behandelt, als wenn er bis zum regulären Renteneintrittsalter gearbeitet hätte.

3) Familien/Frauen/Kinder:

- Das Kindergeld wird in zwei Schritten um 25 Euro pro Kind und Monat erhöht.
- Der Kinderzuschlag für Einkommensschwache wird auf 399 Euro pro Monat erhöht.

4) Steuern:

- Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgeschafft. Zunächst werden 90 Prozent der Soli-Zahler um insgesamt 10 Milliarden Euro entlastet.
- Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben entlastet.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird um 0,3 Prozentpunkte gesenkt.
- Es wird eine neue Grundsteuer „C“ für ungenutzte Grundstücke geben, um die Spekulation zu bekämpfen.

- Im Übrigen: Es werden keine Steuern erhöht.

5) Arbeitsmarkt:

- Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit: Wer in der Kindererziehung war und auf Teilzeit ging, hat einen Anspruch auf eine Ganztagsstelle, so er vorher eine solche hatte. Das ganze hängt aber von der Größe des Unternehmens ab.
- Langzeitarbeitslose erhalten ein neues Förderinstrument: „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“.
- Befristete Arbeitsverhältnisse: Kettenverträge mit Befristungen werden unzulässig.

6) Bildung:

- 3,5 Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern für die Kindergärten zur Verfügung: Sie können damit entweder den Besuch beitragsfrei stellen oder das Geld für den Kindergarten ausbauen nutzen.
- Bei den Schulen können alle Kommunen (bisher nur die finanzschwachen) vom Bund gefördert werden. Mit dem Geld können Schulen saniert und die Digitalisierung der Schulen vervollständigt werden.
- Ganztagschulausbau und Betreuungsangebote werden durch den Bund mit zwei Milliarden Euro gefördert. Bis 2025 soll es einen kompletten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen geben.

7) Wohnen:

- Bis 2012 sollen 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden und das im Wesentlichen im sozialen Wohnungsbau. Zuzüglich wird der private Wohnungsbau mit 2 Milliarden Euro gefördert. Man will so die Wohnungsnot, besonders in Ballungsgebieten, lindern.
- Zehn Jahre lang wird ein Baukindergeld von 1200 Euro pro Kind und Jahr gezahlt. Voraussetzung ist, dass das Familieneinkommen nicht höher als 75000€ zu versteuerndes Einkommen im Jahr ist. Hinzugerechnet werden 15000€ pro Kind und Jahr.
- Die Mietpreisbremse wird verschärft. Der Vermieter muss die Miete des Vormieters offenlegen.
- Sanierungskosten dürfen nur noch in geringerem Umfang (ca. 30% weniger) auf die Miete umgelegt werden.

8) Migration und Sicherheit:

- Die Zuwanderungszahlen werden auf einen „Zuwanderungskorridor“ von 180000-220000 Menschen pro Jahr gedeckelt.

- Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte (Migranten, die nur ein begrenztes Aufenthaltsrecht haben) wird auf 1000 Personen pro Jahr limitiert, plus Härtefälle.

-Zur Regelung des Zuzugs von Personen, die zu Erwerbszwecken nach Deutschland kommen (Menschen von außerhalb der EU) wird es ein Einwanderungsgesetz geben.

- In Bund und Ländern werden jeweils 7500 zusätzliche Sicherungskräfte eingestellt. 6000 neue Stellen soll es in der Justiz geben.

- Brennpunkte (Verkehr- und sozialer Art) werden mit Videokameras überwacht.

- Die –insbesondere von Trump- geforderte Zwei-Prozent-Regel (zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts) für das Militär wird es nicht geben.

9) Europa:

- Ein neuer Aufbruch in und für Europa soll in Zusammenarbeit mit Frankreich kommen.

- Man will mehr Haushaltsmittel für europäische Projekte bereitstellen.

- Europäische Rahmen gibt es auch für Mindestlohn, Grundsicherung und Besteuerung.

10) Klima/Umwelt:

- Die Klimaziele für 2030, die schon früher vereinbart wurden, sollen unbedingt erreicht werden und werden gesetzlich fixiert. Die für 2020 anvisierten sollen so bald wie möglich verwirklicht werden. Es werden CO2-Einssparungen für Industrie und Verkehr festgelegt.

- Die Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen direkt am Motor soll geprüft werden.

- Elektromobilität soll stärker gefördert werden.

Will man aus diesen Vereinbarungen ein Fazit ziehen:

Die soziale Komponente ist überwiegend, eindeutig ein Verdienst der SPD. Insoweit kann die SPD mit dem Erreichten zufrieden sein.

NEUES AUS DEM ORTSGEMEINDERAT OLSBRÜCKEN

Im September 2017 hat der Ortsgemeinderat Olsbrücken den Haushaltsplan für die Jahre 2017 und 2018 beschlossen (sog. Doppelhaushalt). Der Haushaltsplan ist stark defizitär, und zwar für 2017 mit 165687€ und für 2018 mit 181289€, also mit steigender Tendenz. In ihrer Haushaltsgenehmigung hat die Kommunalaufsicht die Ortsgemeinde verpflichtet, im Ergebnishaushalt Verbesserungen von 8000€ für das Jahr 2018 herbeizuführen. Wie dies die Ortsgemeinde bewerkstelligt, ist ihr überlassen worden. Die Kommunalaufsicht hat die Ortsgemeinde darauf hingewiesen, dass als geeignete Maßnahmen zur Herbeiführung dieser Haushaltsverbesserung in Betracht kommen:

-Anhebung der Hebesätze der Realsteuern auf das Niveau anderer Gemeinden im Landkreis Kaiserslautern,

-Erstellung einer neuen Kalkulation der Friedhofsgebühren und Grabnutzungsentgelte und eine daraus abgeleitete Anpassung der Gebühren/Entgelte,

-Überprüfung und Anpassung der Stellenzahl beim Bauhof.

Die Kommunalaufsicht wies fernerhin eindringlich darauf hin, dass, wenn die Ortsgemeinde weiterhin ihr Defizit nicht senke, sie Gefahr laufe aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land (Beteiligung des Landes an der Schuldentilgung der Ortsgemeinde) herauszufallen. Dabei belaufe sich die Gefahr für die Ortsgemeinde Olsbrücken auf einen Verlust von 144018€, berechnet auf das Ende der Laufzeit des Konsolidierungsvertrages im Jahre 2026.

Der Ortsgemeinderat erkannte vor diesem Hintergrund dringenden Handlungsbedarf. Man kam daher einstimmig zu folgendem Beschluss:

1. Der Hebesatz der Grundsteuer A wird rückwirkend zum 1.1.2018 auf 450v.H. angehoben.

2. Der Hebesatz der Grundsteuer B wird rückwirkend zum 1.1.2018 auf 430 v.H. angehoben.

3. Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird rückwirkend zum 1.1.2018 auf 400 v.H. angehoben.

Desweiteren befasste sich der Ortsgemeinderat Olsbrücken sich in seiner Sitzung mit dem Zustand des Wirtschaftsweges zwischen Olsbrücken und Wörsbach. Es musste festgestellt werden, dass der Weg, der zu den Windrädern führt, stark beschädigt ist und dringend der Ausbesserung bedarf. Obwohl Handlungsbedarf besteht, musste die Entscheidung zurückgestellt werden, weil Daten fehlten, wie Art der Arbeitsausführung, Art des zu verwendenden Materials, Angaben der betroffenen Flurstücke, Länge der Strecke etc. Es wurde seitens der Verwaltung noch darauf verwiesen, dass das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) zu den Kosten der Maßnahmen, die mit 40000€ eingeschätzt werden, aus Flurbereinigungsmitteln einen Zuschuss von 90% gewähren kann.

Letztlich erinnerte die SPD-Fraktion im Gemeinderat an ihren Antrag, die Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung neu zu fassen, der nicht auf der Tagesordnung der Sitzung sich befand. Man verständigte sich darauf, dass in Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeindeverwaltung eine Vorlage für einen Beschluss des Ortsgemeindeartes für die neue Satzung und die neue Gebührenordnung erarbeitet werden soll. Man erfuhr von Bürgermeister Westrich, dass zurzeit eine betriebswirtschaftliche Gebührenkalkulation für alle Friedhöfe in der Verbandsgemeinde laufe.